

Tschernobyl

Der Umgang mit den Folgen

In den ersten Wochen nach der Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl hieß es fast täglich, nichts mehr werde ganz so sein wie vorher. Man kann offen lassen, ob und inwieweit dies zutrifft. Ereignisse von geschichtlichem Rang, auch besonders tragische, lassen sich in ihren Wirkungen oft erst sehr viel später einigermaßen zuverlässig einschätzen.

Die *Reaktionen* waren insgesamt und von Land zu Land durchaus unterschiedlich – trotz des Entsetzens, das die Katastrophe auslöste. Und das konnte nicht nur an der unterschiedlichen Informationspolitik der Regierungen gelegen haben. So uninformiert konnten z.B. die Franzosen angesichts der Vorgänge in der Bundesrepublik nicht sein. In der Schweiz waren die Schutzmaßnahmen gegen Gefährdung durch erhöhte Radioaktivität auf Grund anderer Grenzwerte zurückhaltender.

Zugenommen hat auf jeden Fall – durch das Ereignis selbst – die Angst vor der Kernkraft. Der Schock war um so größer, je weniger mit so etwas wirklich ernsthaft und nicht nur als abstrakter Möglichkeit gerechnet wurde. Die – geographischen – Fernwirkungen, die *Schutz- und Vorsorgemaßnahmen*, die nicht nur in den angrenzenden Ländern des Ostblocks, sondern auch hierzulande ergriffen wurden, die möglichen Gesundheitsbeeinträchtigungen durch erhöhte Radioaktivität, die möglichen genetischen Schädigungen, die davon ausgehen könnten, die gesperrten Spielplätze und das umgepflügte Gemüse, haben aller Welt vor Augen geführt, welch schwierige Technik die Kernkraft ist.

Die Frage, wieweit sie grundsätzlich *beherrschbar* bleibt, wird in der nächsten Zeit unvergleichlich häufiger und dringlicher als bisher schon gestellt

werden. Bis in die Bonner Bundesregierung hinein – im Nachbarland Österreich ohnehin – fand sich zunächst so gut wie niemand, der noch einem Ausbau der Kernenergie das Wort reden wollte: Vom Sofortausstieg bis zum Einstieg in den Ausstieg aus der Kernenergie fand sich in den täglichen politischen Statements zwischen und auf den Zeilen so gut wie alles – eine durch Schrecken herbeigeführte scheinbare Einheitlichkeit unter den Parteien, wie sie sonst selten anzutreffen ist. Nuancen und Unterschiede schienen sich weniger nach Parteizugehörigkeit als nach der Nähe oder Ferne zu Wahlterminen zu richten, bis dann mit der Regierungserklärung vom 15. Mai die Fronten wieder klarer wurden.

Aber welche der Alternativen, zielstrebigem Ausstieg oder Verschärfung (wenn möglich Verbesserung) der Sicherheitsmaßnahmen, sich auch durchsetzt, wir werden für kürzere oder längere (wahrscheinlich für längere) Zeit mit der Kernenergie zu leben haben. Selbst wenn es zu einem forcierten Ausstieg käme, er könnte nicht von heute auf morgen verwirklicht werden. Und ein wirklicher Abschied von den mit der Kernenergie installierten Risiken könnte nur weltweit erfolgen. Und jeder weiß, daß dies nicht nur politisch nicht machbar ist. Die *Forderungen nach einem Sofortausstieg* sind ungefähr so realistisch wie Regressforderungen deutscher Bauern und Gemüsehändler an die Sowjetunion. Was erreicht werden kann, wäre hierzulande ein Verzicht auf die Plutoniumwirtschaft und damit auf einen weiteren Ausbau der Kernenergie überhaupt.

Um so dringender ist es, mit den in der Bevölkerung gestiegenen Ängsten *politisch verantwortlich* umzugehen. Was diesbezüglich zwischen Hamburg und den Karawanken, zwischen Hof und Freiburg geschehen ist, war politisch-psychologisch beinahe so katastrophal wie die von den Sowjets zunächst unterschätzte „technische“ Katastrophe in Tschernobyl selbst.

Daß die Folgen des Reaktorunglücks die Behörden des Bundes und der Länder unvorbereitet traf, war zu ver-

stehen. Ganz einsichtig zu machen war freilich auch das nicht, denn daß Reaktorkatastrophen, wenn sie passierten, Auswirkungen über Staatsgrenzen hinweg haben würden, war schließlich nicht nur Behörden bekannt. Die Hilflosigkeit, mit der reagiert wurde, hat das Vertrauen selbst in örtliche und nationale Schutzmaßnahmen im Falle eines Reaktorunglücks im eigenen Land erschüttert.

Aber mochten die diesbezüglichen Verlegenheiten noch hingehen, das Durcheinander von Kompetenzen, Richtwerten, Expertenmeinungen und Empfehlungen war in keiner Weise mehr entschuldbar und das offensichtliche Bemühen vor allem mancher Landespolitiker, die grassierenden Ängste möglichst publikumswirksam in Wählerstimmen umzusetzen, ist, gelinde gesagt, ein mittlerer Skandal. Es hat nicht an Stimmen gefehlt, die trotz des Meinungs- und Entscheidungswirrwarrs zwischen Bund und Ländern, die Länderzuständigkeit auch für die Zukunft verteidigten. Aber gesundheitspolitische und -technische Maßnahmen müssen in solchen Fällen *rasch und einheitlich* getroffen werden. Eine Kompetenzverlagerung zum Bund ergibt sich deshalb zwingend.

Es sollte aber auch zur vielbeschworenen politischen Kultur gehören, daß Politiker und Medien gerade in einer solchen Situation sachlich bleiben und auf billige Stimmungsmache zugunsten der einen oder anderen Partei oder Richtung verzichten. Wer beides nicht schafft, kann nicht erwarten, daß auf internationaler Ebene, europäisch oder gar blockübergreifend, trotz der dort noch größeren Interessengegensätze Lösungen gefunden werden.

Der einzige, wenn auch sehr spärliche Lichtblick kam paradoxerweise aus dem Land der Katastrophe selbst. Partei und Regierung der *Sowjetunion* konnten trotz ihrer extrem restriktiven Informationspolitik das Ausmaß der Katastrophe nicht nur dem Ausland, sondern der eigenen Bevölkerung und vor allem den eigenen Verbündeten nicht verborgen halten. Mehr denn je geriet die Sowjetunion

unter *öffentlichen Rechtfertigungszwang* und mußte dies auch eingestehen. Die eigene Bevölkerung ist nachdenklicher geworden. Dies könnte längerfristig Folgen für die öffentliche Meinungsbildung im Sowjetsystem selbst haben. se

Zeigefinger

Das ZdK zum Thema Jugend in der Pfarrgemeinde

So harmlos das Thema der jüngsten, auf seiner Frühjahrsvollversammlung vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) verabschiedeten Erklärung zum Thema Jugend (vollständiger Titel: „Jugend – Hoffnung der Kirche. Erklärung des ZdK zum Verhältnis von Jugendlichen und Erwachsenen in der Pfarrgemeinde“) auch klingt, von der kontroversen Wirklichkeit kirchlicher Jugendarbeit wird auch diese Erklärung eingeholt. Neben viel Richtigem über die Situation der Jugend in Gesellschaft, Kirche und Pfarrgemeinde, über die Arbeit von Pfarrgemeinderäten, erwachsenen Mitarbeitern in der Jugendarbeit sowie die Jugendverbände und die offene Jugendarbeit, lassen sich doch an einer Reihe von Stellen in dieser Erklärung manche Ungereimtheiten, Verlegenheiten, Schwachstellen ausmachen, die ihrerseits belegen, wie schwer man sich derzeit mit dem Thema Jugend innerkirchlich tut.

Da liest man beispielsweise einen Satz wie den, daß Jugendliche nicht das Objekt kirchlicher Betreuung seien, sondern *Subjekt der Jugendarbeit*. Ein solcher Satz geht manchem inzwischen leicht von der Zunge, als Zielperspektive mag er richtig sein, seine Realisierung dürfte aber noch weithin ausstehen, ganz abgesehen von der Frage, ob es je einen Zeitpunkt geben wird, an dem man sagen kann, daß man diesen Zustand erreicht habe. Rätsel gibt der Satz auf, kirchliche „Weggemeinschaft“ könne nur gelingen, wenn sich die verschiedenen Träger der Jugendpastoral in der Ge-

meinde über ihre *grundlegende Zustimmung zum Ganzen des Glaubens* miteinander verständigen könnten. Wenn damit die unumgängliche Übereinstimmung im Glauben gemeint ist, die man auf die verschiedenste Weise explizit oder implizit ausdrücken kann, dann enthält dieser Satz eine Banalität. Sollte er eine immer schon fraglose und nötige Spannungen überspringende Zustimmung meinen, dann könnte Gefahr im Verzug sein: Die Zustimmung zum Glauben ist gleichermaßen Voraussetzung wie auch immer wieder angestrebtes Ziel des Lebens in einer kirchlichen Gemeinde. Eine solche Verständigung muß vorhanden sein – und steht doch auch immer wieder bis zu einem gewissen Grad aus. Wer diesen Schwebezustand verlassen und mögliche Spannungen eibebnen will, befindet sich auf dem besten Weg in die Sekte.

Handelt es sich bei dem ZdK-Papier nun um eine *Fortschreibung des Synodenbeschlusses* zur Jugendarbeit oder nicht? Die Autoren haben diesen Anspruch als unangemessen zurückgewiesen; ein Vergleich der beiden Papiere drängt sich dennoch auf. Der deutlichste Unterschied zum Würzburger Beschluß dürfte im zweiten, inhaltlichen Kapitel liegen: Das Kapitel 3 des Synodenbeschlusses beginnt mit dem Satz: „Der Mensch verfolgt das Ziel, sich selbst zu verwirklichen.“ Das zweite Kapitel der ZdK-Erklärung beginnt mit der Feststellung: „Jesus Christus, sein Leben und Wirken, sein Tod und seine Auferstehung sind die Botschaft der Kirche, auch an die Jugend.“ Auch wenn in der ZdK-Erklärung der Selbstverwirklichungsgedanke aus dem Synodenbeschluß vorkommt, der Kontrast an so zentralen Stellen könnte kaum größer sein, wobei es schwerfällt, sich auf die eine oder die andere Seite zu schlagen: Der anthropologische Satz der Synode wirkt kaum weniger „steil“ als der theologische aus der ZdK-Erklärung.

In einer früheren Fassung dieser Erklärung war kritisch angemerkt worden, es handele sich um einen Text „über Jugendliche von Erwachsenen für Erwachsene“. Auch nach eingehender, vor allem sprachlicher Über-

arbeitung, scheint sich daran nicht viel geändert zu haben. Die Jugend kommt weiterhin eher als ein Gegenüber vor.

Deutlich wird diese Frontstellung vor allem im Abschnitt über die vier Kardinaltugenden: Wie wird ein Jugendlicher reagieren, der in dieser Erklärung erfährt, daß derjenige „klug“ ist, der „die Wirklichkeit illusionslos zur Kenntnis nimmt ...“, maßvoll, wer „Ordnung hält in seinem eigenen Leben und sich nicht einfach treiben läßt ...“? Feststellungen wie diese sind zweifellos richtig. Jugendlichen wird man jedoch nicht verübeln dürfen, wenn sie darin den erhobenen Zeigefinger von Erwachsenen erkennen, deren Menschenbild durchaus nicht als über alle Zweifel erhaben dasteht. nt

Widersprüchlich

Die kommunistische Prophetie vom Absterben der Religion

Der Güstrower Philosophieprofessor *Hans Lutter* hat bei einem Kolloquium der Ostberliner Humboldt-Universität aus Anlaß des 100. Geburtstags von Karl Barth mit Nachdruck die These vom Absterben der Religion im Sozialismus verteidigt: Diese These entspringe nicht „subjektivem Wunschdenken der Marxisten“, vielmehr handle es sich dabei um das „Produkt der sachlichen materialistisch-dialektischen Analyse des Wesens der Religion“.

Man kennt diese Prophezeiung aus Lenins Zeiten. Sie hat sich bisher nicht erfüllt, und es sieht auch rein empirisch und vom persönlichen Glauben absehend so aus, daß sie auch künftig nicht so schnell in Erfüllung gehen dürfte, obwohl kommunistische Staatsführungen auf unterschiedliche Weise zwar, aber doch übereinstimmend alles tun, also mit Druck und Zwang nachhelfen, damit sie sich erfülle.

Doch gerade in kommunistisch geführten Ländern nimmt das Interesse an Religion, und zwar speziell an den